

Stettiner



Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung.“

No. 212.

Abend-

Montag den 7. Mai.

Ausgabe.

1860.

Ämtliche Nachrichten.

Er. Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, Allergnädigst geruht:
Dem Pfarrer Schöler zu Wünnigen im Kreise Koblenz den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Ebauffeegeld-Erheber Regendant am Rhin Kanal auf der Berlin-Hamburger Ebauffe das Allgemeine Ehrenzeichen, und dem Schneidergesellen Hermann Noeske zu Rehner im Kreise Wolmirstadt die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Ziehm zu Bergen ist an das Kreisgericht zu Greifswald mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst und mit widerruflicher Einräumung der Praxis bei dem dortigen Appellationsgerichte versetzt; sowie der bisherige Kreisrichter Brachvogel bei dem Kreisgericht in Wolstein und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wolstein, ernannt worden.

Landtag.

Die beiden dem Landtag am Sonnabend vorgelegten Gesetz-Entwürfe werden durch folgende Allerhöchste Ermächtigung eingeleitet:

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Prinz von Preußen, Regent, in Erwägung: 1) daß die Nothwendigkeit vorliegt, nach dem Ablauf des in dem Gesetz-Entwurfe wegen der Verwendung des Rechtsbefandes der durch das Gesetz vom 21. Mai 1859 bewilligten Geldmittel in Aussicht genommenen Termins, die größere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit der Armee auch ferner zu sichern, 2) daß die Voraussetzungen, welche den kraft Unserer Ermächtigung vom 9. Februar d. J. dem Landtage vorgelegten Gesetz-Entwürfen zum Grunde liegen, zum Theil nicht mehr zutreffen und dadurch weitere Erwägungen geboten sind, ertheilen dem Staatsministerium den Auftrag, den beiden Häusern des Landtages der Monarchie, die anliegenden Gesetz-Entwürfe, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militärverwaltung für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis zum 30. Juni 1861, und die Forterhebung eines Zuschlages zur klassifizierten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer, zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Gegeben Berlin den 4. Mai 1860.

(gez.) Wilhelm, Prinz von Preußen, Regent.

(gegeg.) Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen.

v. Auerwald. v. d. Heydt. Simons. v. Schleinitz.

v. Patow. Pückler. v. Bethmann-Hollweg.

Graf v. Schwerin. v. Noon.

Die Gesetz-Entwürfe selbst lauten:

1) Entwurf eines Gesetzes, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär-Verwaltung für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis zum 30. Juni 1861. Im Namen Sr. Majestät des Königs. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Prinz von Preußen, Regent, verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: §. 1. Der Kriegs-Minister wird ermächtigt, zur Aufrechterhaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen thunlich sind, außer den im gewöhnlichen Budget bewilligten Mitteln für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis zum 30. Juni 1861 — neun Millionen Thaler zu verwenden. §. 2. Der Finanz-Minister wird ermächtigt, dem Kriegs-Minister, so weit es zur Deckung der im §. 1. genehmigten Ausgaben erforderlich ist, den Ertrag der nach dem Gesetz vom 21. Mai 1859 und dem anderweiten Gesetze vom heutigen Tage für die Zeit vom 1. Januar d. J. bis zum 30. Juni 1861 zu erhebenden Zuschläge zur klassifizierten Einkommensteuer, zur Klassensteuer, und zur Mahl- und Schlachtsteuer, so wie die nach dem Rechnungs-Abschlusse für das Jahr 1859 disponibeln Etats-Überschüssen zu überweisen. §. 3. Dem Landtage ist bei seinem nächsten Zusammentritte, beziehungsweise nach dem 31. December d. J. und 30. Juni 1861 über die Ausführung dieses Gesetzes Rechenschaft zu geben.

2) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Forterhebung eines Zuschlages zur klassifizierten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer. Im Namen Sr. Maj. des Königs. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Prinz von Preußen, Regent, verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: Der Finanz-Minister wird ermächtigt, den auf Grund des Gesetzes vom 21. Mai 1859 (Nr. 5068 der Gesammmlung Seite 244) am 1. Juli desselben Jahres in Hebung gesetzten Zuschlag von fünfzig Prozent zur klassifizierten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer für die Zeit bis zum 30. Juni 1861 forterheben zu lassen. Die beigegebenen Motive enthalten in der Hauptsache dasselbe, wie die bereits gestern mitgetheilte Rede des Herrn Finanzministers.

Deutschland.

(*) Berlin, 7. Mai. Die letzten Tage brachten in den Häusern des Landtags Entscheidungen von hoher Wichtigkeit. So

sehr der Beschluß des Herrenhauses in der Grundsteuerfrage zu bedauern ist, schon deshalb, weil er die ohnehin im Volke längst erhobene Gereiztheit gegen diesen Körper steigert, so erfreulich wirkte dagegen der von dem Abgeordnetenhaus in Betreff der Verhältnisse zu Schleswig gefaßte Beschluß. Schon steht man in einzelnen nichtpreussischen Blättern den Reflex der Freude über diesen mit vollster Einstimmigkeit aller Fraktionen des Hauses gefaßten Beschluß; er wird, zumal in Verbindung mit den Aeußerungen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, die deutsche Mehrheit in dem Herzogthum Schleswig stärken, in Kopenhagen zum Theil erbittern, hoffentlich aber auch zum Einlenken auf die verlassene Bahn der in den Verträgen von 1851 und 1852 eingegangenen Verpflichtungen geneigt machen. Der Eindruck des von dem Abgeordnetenhaus in dieser Angelegenheit gefaßten Beschlusses und der demselben vorausgegangenen Debatten ist aber auch in England schon ein mächtiger; die „Times“ fabelt schon von einem bevorstehenden Kriege Preußens mit Dänemark und mit ächter Frau-Basen-Weisheit giebt sie Ersterem den Rath, den Streit mit Dänemark zu vertagen, um nicht den Kaiser von Frankreich zu reizen. Dieser Rath ist offenbar das Resultat zweier Stimmungen, von denen das „Weltblatt der City“ beherrscht wird; einmal der Furcht vor einem Kriege, in dem auch England könnte verwickelt werden, und sodann der herzlichen Parteinahme jenes Blattes für die Präntationen der Dänen. Es ist schon vor Jahren klar genug zu Tage getreten, daß die dänische Gesandtschaft die „Times“ für die Intereffen Dänemarks zu stimmen gewußt hat; auch diesmal haben wir in dem anscheinend wohlgemeinten Rath der „Times“ zugleich eine Drohung Dänemarks mit dem Manne zu sehen, der vor 9 Jahren das Gespenst der rothen Republik so geschickt zu benutzen wußte, um auf den Kaiserthron zu gelangen und der jetzt selbst als drohendes Gespenst benutzt wird.

Es wäre in der That schlimm, wenn eine solche Drohung wirklich sein könnte, da es sich um gar nichts Anderes handelt, als darum, Dänemark zum Einhalten der Verpflichtungen zu bestimmen, die es vertragsmäßig eingegangen ist. Hiervon ablassen hieße offen eingestehen, daß Preußen und Deutschland aufhören müßten ihr Recht zu wahren, weil sie sonst die Ungnade des Kaisers der Franzosen sich zuziehen würden. Uebrigens fängt das Drohen mit Napoleon, namentlich Preußen gegenüber, jetzt allgemein beliebt zu werden an. Das deutsche Volk und Preußen dürfen nicht an eine Einigung der zerrissenen Kräfte Deutschlands durch Herstellung eines Bundesstaates denken; hat es doch ein hannöverscher Minister gewagt, vor den Ständen des Staates zu erklären, die deutschen Regierungen würden lieber sich mit dem hierzu sehr geneigten Auslande verbünden, als sich einer preussischen Centralgewalt unterwerfen, d. h. mit anderen Worten, man will lieber den Befehlen eines französischen Protektors des Rheinbundes folgen, als im Bunde mit dem eigenen und dem deutschen Volke unter Preußens Führung fest gegen den Nationalfeind stehen. Seltsam, die Regierung des einzigen unter den deutschen Mittel-Königreichen, die zur Zeit des Rheinbundes kein Mitglied desselben war, sondern dessen Protektor auch mit hannöverschen Regimentern bekämpfte, scheint das damals Versäumte nachholen zu wollen, da ein Mitglied derselben sich nicht scheut, den übrigen Mittelstaaten mit der Drohung eines neuen Rheinbundes voranzugehen. „Schlecht bekommen es“, sagt die Volkszeitung; in der That kann Herr von Bennigsen sich sagen, daß Niemand so wirksam für den Nationalverein und dessen Zwecke Propaganda mache, als der hannöversche Minister v. Borries.

Die gestrige Erklärung des Finanzministers in Betreff der Armeeorganisation und die mit dieser Erklärung übergebenen Gesetzentwürfe dürfen als ein glücklicher Ausweg aus dem Labyrinth der Meinungsverschiedenheiten in einer Angelegenheit angesehen werden, die zu neu und zu wenig im Volke bisher einer gründlichen Diskussion unterworfen worden ist, als daß schon jetzt ein reifes Urtheil von den Ständen über sie gefällt werden könnte. Zudem ist bei der jetzigen politischen Lage die Entscheidung der bei der Armeeorganisation zur Sprache kommenden Prinzipienfragen eine ziemlich überflüssige, da es sich jetzt nur darum handelt, für einen jedenfalls nicht mehr fernen, wahrscheinlich schon für das nächste Jahr zu erwartenden Krieg möglichst viele bisher noch nicht geübte Dienstfähige militärisch auszubilden, um dem Feinde sofort mit verstärkten Streitkräften begegnen zu können. Die allgemeine Annahme geht übrigens hier dahin, daß die neuesten Anträge der Regierung von dem Landtage werden angenommen werden.

Berlin, 6. Mai. Die Erklärungen, welche Herr von Schleinitz über das Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich abgab, haben ungeheure Sensation gemacht. Man schreibt der „Fr. Zeitung“ darüber: Wie ernst auch in unseren höchsten Kreisen der Wunsch sein möge, daß ein aufrichtiges Bündniß der beiden deutschen Großmächte rechtzeitig zu Stande komme, um die inneren Schäden Deutschlands zu heilen und den Uebergreifen des Bonapartismus ein Ziel zu setzen, so darf man sich doch keinen sanguinischen Hoffnungen hingeben. Preußen hat das Bewußtsein

dessen, was es sich und dem Gesamt-Vaterlande schuldig ist; es kann dem süddeutschen Kaiserreiche viele Opfer bringen, aber nur dann, wenn der Wiener Hof dieselben nicht für selbstsüchtige, den Zielen einer deutschen Politik widerstrebende Zwecke in Anspruch nimmt. So lange Oesterreich in Deutschland nur Werkzeuge, nicht Bundeengenossen sucht, so lange ist eine fruchtbare Allianz der beiden deutschen Großmächte nicht herzustellen. Es wird leider einer zwingenden Nothwendigkeit bedürfen, um sie zusammenzuführen und den österreichischen Staatsmännern den Werth preussischer Bundesgenossenschaft anschaulich zu machen.

Aus einem Artikel des halboffiziellen Preussischen Handelsarchivs erhellt, daß Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich über Abschluß eines Handelsvertrages allerdings stattgefunden haben, daß aber Frankreich für die ihm gemachten Zugeständnisse genügende Gegenkonzeffionen zu gewähren nicht geneigt gewesen ist.

Der Kommissionsbericht über die Militärorganisations-Vorlage, aus der Feder des Generals Stavenhagen, ist heute ausgegeben. Die wesentlichste Aenderung der Regierungsvorlage betrifft die Dauer der Dienstpflicht. Diese soll nach der Vorlage acht Jahre, nach den Beschlüssen der Kommission sechs Jahre währen. Die Dauer der ununterbrochenen Dienstzeit bei den Fahnen wird von der Kommission auch für die Kavallerie, für welche die Regierung vier Jahre fordert, ebenso wie für die Artillerie, Pioniere und Marine auf drei Jahre festgesetzt, für die Infanterie auf zwei Jahre, für den Train mit der Regierung übereinstimmend auf ein halbes Jahr. Die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr (nach der Regierungsvorlage elf Jahre) wird von der Kommission folgendermaßen geregelt: in der Landwehr 1. Aufgebots sechs Jahre, in der Landwehr 2. Aufgebots sieben Jahre, in der Seewehr 13 Jahre. Der Eintritt in das 39. Lebensjahr schließt jedoch die Dienstzeit ab. Die jährlich einmal stattfindenden Uebungen dauern nach dem Vorschlage der Regierung „in der Regel nicht länger als acht Tage“, nach dem der Kommission „höchstens vier Wochen, und kann jeder Wehrmann während seiner Dienstpflicht im 1. Aufgebot dazu dreimal herangezogen werden.“

Der Bericht über die mit der Vorlage zusammenhängenden Kreditbewilligungen liegt noch nicht vor.

Sicherem Vernehmen nach sind die beteiligten Ministerien mit Erwägung der Frage beschäftigt, ob es zeitgemäß sein möchte, die Bestimmungen der Allgemeinen Gewerbeordnung über die gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen, im gesetzlichen Wege abzuändern. Es werden bereits über die in allen Verwaltungsbereichen in dieser Hinsicht gemachten Wahrnehmungen Vota eingeholt.

Eine an das Herrenhaus gelangte Petition von 104 Kirchenpatronen, Geistlichen, Lehrern u. dgl., den Mitgliedern freier und deutsch-katholischer Gemeinden das Recht, ihre Kinder dem Religionsunterricht der öffentlichen Elementarschulen zu entziehen, nicht zuzugestehen, ist von der Petitionskommission der Herrenhäuser zurückgewiesen worden. In dem Bericht der Kommission wird ausgeführt, daß Zwangsmaßregeln und polizeiliche Belästigungen dem Freigemeindethum nur neue Lebenskraft zugeführt hätten, und daß daher das Verfahren der jetzigen Regierung durchaus zweckentsprechend sei.

In Betreff der Elbzölle hat der Vertreter der Regierung in der Handelskommission des Abgeordnetenhauses die Erklärung abgegeben, daß die Staats-Regierung unausgesetzt bemüht geblieben sei und bemüht bleiben werde, ihre Ansichten in Bezug auf die rechtliche Verpflichtung zur Zollermäßigung zur Geltung zu bringen und die Mittel dazu zu beschaffen, die Ausschüssen sich auch seit der vorjährigen Beratung des Gegenstandes schon günstiger gestaltet hätten. Die Kommission hat den Antrag der Abgeordneten-Herrmann, Dilm und Genossen sich angeeignet, die königliche Staats-Regierung aufzufordern, dahin zu wirken: daß die den Elbstrom belastenden hohen Zölle des baldigsten aufgehoben oder doch soweit ermäßigt werden, daß eine Konkurrenz der Elbschiffahrt mit der anderer Ströme und den an beiden Ufern hinziehenden Eisenbahnen ermöglicht werde.

Das Landes-Ökonomie-Kollegium hat gestern seine dritte ordentliche Vierteljahrs-Sitzung geschlossen. Die Hauptgegenstände seiner diesjährigen Beratungen waren Steuersachen. In Bezug auf die Brandweinsteuer ist der Antrag gestellt, daß ferner nicht mehr nach dem Maßfraume, sondern von dem Produkt die Steuer erhoben werden möge; in Bezug auf die Rübenzucker-Fabrikation aber der Wunsch ausgesprochen, es möge die Staats-Regierung unausgesetzt dahin wirken, daß beim Export des Rübenzuckers eine Bonifikation gewährt werde.

Bei der bevorstehenden Wahl eines Bürgermeisters für Berlin an Stelle des verstorbenen Herrn Raunyn richtet sich die allgemeine Aufmerksamkeit vorzugsweise auf das Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herrn Stadtrath Dunder, dessen Verdienste um die städtischen Angelegenheiten, namentlich auch in Bezug auf die Armenverwaltung anerkannt sind.

— Die Hfersche Buchhandlung hat, wie verlautet, Humboldt's Bibliothek erworben.

— Vor einiger Zeit brachte eine hiesige Zeitung die Mittheilung, daß in der neuen Strafanstalt bei Moabit zum Zwecke der Züchtigung von Strafgefangenen eine „Prügelmaschine“ angeschafft und daß damit am Tage nach der Schillerfeier die erste Exekution vollstreckt worden sei. Aus dieser Mittheilung hat der Herr Minister des Innern Veranlassung genommen, von der Strafanstalts-Direktion Bericht zu erfordern, und ist von ihm, nachdem durch denselben die vorbereitete Nachricht bestätigt worden, die Abschaffung der Maschine angeordnet worden.

Wosen, 2. Mai. Der A. N. Z. wird geschrieben: Unter der polnischen Bevölkerung der Provinz wird seit Kurzem eine ganz außerordentliche Regsamkeit wahrgenommen. Wie gewöhnlich ist es der Adel, welcher dabei an der Spitze steht. Man bemerkt unter dem Vorwand festlicher Anlässe häufige Zusammenkünfte von Ritter-Gutsbesitzern, theils auf ihren Gütern, theils in den Städten.

Hannover, 4. Mai. Das offene Geständniß des Herrn v. Borries, daß sich die Mittelstaaten Deutschlands gegen jeden Versuch einer Schmälerung ihrer Hoheitsrechte durch den Abschluß von Allianzen mit auswärtigen Mächten zu schützen suchen würden, hat in allen Schichten der Gesellschaft das größte Aufsehen und die tiefste Indignation hervorgerufen. In der ersten Kammer interpellirte heute Graf Knyphausen die Regierung wegen dieser Aeußerung des Hrn. v. Borries, welche er als eine höchst bedenkliche bezeichnete. Hr. v. Bar, der Justizminister, suchte den Fragesteller durch die Antwort zu beruhigen, daß er persönlich die fragliche Aeußerung anders aufgefaßt habe, womit natürlich nichts entschieden ist. — Die Forderung der Regierung von 550,000 Rth. für die Küstenbefestigung ist heute von der ersten Kammer zum zweiten Male, also endgültig abgelehnt.

Leipzig, 4. Mai. Großes Aufsehen und allgemeine Theilnahme hat in unserer Stadt ein gestern vollzogener Selbstmord erregt. Der Quästor am hiesigen Universitätsgericht, Krause, ein seit 40 Jahren bei dieser Behörde angestellter Beamter, hatte sich gestern Morgen, wie gewöhnlich, in die Kanzlei des genannten Gerichts begeben, dieselbe aber bald darauf wieder verlassen, und noch vor Mittag wurde in der Pforte, eine halbe Stunde oberhalb der Stadt sein Leichnam aufgefunden. Der Verstorbene war ein wahres Vorbild von Fleiß, Beharrlichkeit und Pflichtgefühl. Viele Tausende von ehemaligen Leipziger Studenten in allen Gegenden der Erde werden sich gewiß recht wohl an den „alten Krause“ erinnern, das vielgeplagte und doch nie ungeduldige Faktotum des Universitätsgerichts. Daß irgend eine Pflichtverletzung, eine Veruntreuung oder nur ein Versehen der Antriebe zu dem Selbstmord des alten Ehrenmannes gewesen sein könnte, wird Jeder, der ihn kannte, für eine absolute Unmöglichkeit halten; und in der That war es nur ein überaus hoher Grad körperlicher und geistiger Abspannung, welcher den alle Erleichterungen abweisenden Mann zu dem verzweifelten Entschluß trieb.

Aus Kurhessen, 1. Mai. Der Text der neuen Verfassung ist festgestellt, und zwar, mit Ausnahme der beiden Punkte, in denen der Bundestag die Anträge der Stände für „bundeswidrig“ erklärt hat (sie betreffen den Kompetenzhof und die Feststellung des Budgets), übereinstimmend mit den Wünschen des vorigen Landtages.

Österreich.

Wien, 4. Mai. Ein Artikel aus dem in ungarischer Sprache geschriebenen „Buda Pesti Hirlap“, einem rein offiziellen Blatte, welcher heute von allen hiesigen Blättern nachgedruckt wird, erregte das größte Aufsehen. Der Artikel ist eine sehr scharfe Kritik des aus Ungarn bezüglichen kaiserlichen Patents vom 19. April und insinuiert der Regierung die Wiederherstellung der ungarischen Verfassungszustände ihrem ganzen partikulären Umfange nach. Man hält hier das Erscheinen dieses Artikels im ungarischen Regierungsblatte für eine Finte der Regierung, welche bezweckt, die magyarische Partei, welche sich noch zurückhält, auf ihr Terrain zu locken. Diese Annahme ist jedoch falsch. Der Artikel ist der Ausfluß der Instruktionen des F.-Z.-M. Benedek, und die Regierung meint es aufrichtig mit den Zugeständnissen, die sie sich im „Buda Pesti Hirlap“ in einem Briefe „von der Theiß“ zumuthen läßt. Dieser Brief „von der Theiß“ ist für Ungarn ein Ereigniß. Gleich nach Erscheinen des Patents vom 19. April habe ich Ihnen geschrieben, dasselbe bezwecke die Ausöhnung mit Ungarn und sei zunächst nur ein erster Schritt. Der Brief „von der Theiß“ ist ein zweiter Schritt, die übrigen werden folgen, und der Kaiser von Österreich wird früher als man glaubt — konstitutioneller König von Ungarn, aber nur von Ungarn, sein.

In dem Markte St. Anna bei Arad hat ein Weiber-Krawall stattgefunden, bei welchem mehrere hundert Weiber eingekerkert, eingezogenes Weib befreiten, die Sturmglocke läuteten in dem Gefängniß die Thüren erbrachen, den Richter prügelten und aus dem Detschhause in die Gasse warfen. Es ist eine Untersuchung eingeleitet, der Richter vorläufig seines Amtes entsetzt und 60 bis 70 Weiber eingezogen. Bei der ganzen Affaire hat sich kein einziger Mann betheiligt.

In Trebitsch (Kreis Zglau), wo gerade vor 10 Jahren ein großer Juden-Krawall stattgefunden, ist ein solcher am 1. Mai d. J. wieder vorgekommen. Der Pöbel zertrümmerte mehrere Wohnungen von Israeliten, und gelang es erst nach längerer Zeit, Ruhe herzustellen und die Tumultuanten zu verhaften. Das Ministerium hat auf telegraphischem Wege die Einleitung einer strengen und rücksichtslosen gerichtlichen Untersuchung angeordnet.

Italien.

Ueber Garibaldi's Betheiligung an dem Aufstande der Sicilianer verlautet immer noch nichts Bestimmtes; doch bringen die Unione aus Genua und die Patrie aus Turin ein Schreiben, wonach „die geheimen Gesellschaften eine Expedition nach Sicilien vorbereitet und zu diesem Zwecke ein Schiff in Genua gechartert hätten, an dessen Bord sich 500 entschlossene Leute mit 1000 Gewehren einschiffen sollten; der Tag der Abreise sei auf den 29. April festgesetzt gewesen. Die Regierung aber habe Wink von der Sache bekommen und die Abfahrt des Schiffes verhindert.“

Mazzini hat einen Aufruf an die Sicilianer erlassen, den der in Ravenna erscheinende Adriatico bringt. Nachdem der Agitator ihnen zugerufen, von ihrer Initiative hänge die Vereinigung derjenigen italienischen Provinzen ab, welche noch nicht frei seien, und nachdem er ermahnt hat, die Ereignisse zu beschleunigen, schließt er mit den Worten:

„Ist einmal die Regierung der Bourbonen gestürzt, so werden wir denjenigen ausrufen, den halb Italien bereits erwählt hat, denjenigen, der sich bis jetzt allein italienisch gesinnt nennen könnte, denjenigen, der ein tapferer König und ein Ehrenmann ist. Lasset uns daher auf unsere Fahne schreiben: Annexion! Bevor ich Republikaner, war ich Unitarier; es schien mir, als könne die Republik allein zur Einheit führen; doch ich täuschte mich. Viktor Emanuel hat Italien diesem Ziele zugeführt, und das Ziel wird erreicht werden, wenn die Bevölkerungen ihm zu Hülfe kommen. Was mich betrifft, so opfere ich meine früheren Ideen dem alten Prinzip und rufe mit Euch, Sicilianer, und mit allen Völkern der Halbinsel — die fortan nur ein Volk bilden werden — aus ganzem Herzen: „Es lebe Viktor Emanuel, König von Italien!“ Sicilianer, die Stunde ist gekommen: im Namen Italiens, laßt uns zu den Waffen eilen!“

Die Perseveranza vom 1. Mai spricht Zweifel an dem Gelingen des Aufstandes auf Sicilien aus; dagegen sind in Marseille am 3. Mai Briefe aus Palermo eingetroffen, worin bestätigt wird, daß der Aufstand im Innern der Insel von Neuem an Ausdehnung gewinnt.

Die Perseveranza veröffentlicht folgende Depesche aus Genua vom 1. Mai: „Das Schiff Bldah ist hier mit Nachrichten aus Sicilien vom 27. April eingetroffen. Der in der Umgegend von Palermo unterdrückte Aufstand tobte im Innern des Landes noch fort. In der Provinz Messina waren die Truppen mehrere Male zurückgeschlagen worden. Zu Alcamo war eine provisorische Regierung eingesetzt worden, welche das ganze Thal von Mazzaro beherrschte. Die von Palermo abgegangenen Postwagen hatten sich zur Rückfahrt genötigt gesehen. Man konnte keine neuen Truppen von Neapel entsenden, und die auf der Insel befindlichen waren zu schwach, um den Aufstand zu unterdrücken.“

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Mai. Dänemark hat gestern eine der wenigen Celebritäten verloren, die schon am Ende des vorigen und in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts sich einen Namen erworben hatten. Anders Sandöe Dersted ist gestern, nachdem er nur wenige Tage krank gewesen, in seinem 82. Lebensjahre (er war am 21. Dezember 1778 in Rudkjöbing geboren) aus dem Leben geschieden. In ihm verliert Dänemark seinen ersten Rechtslehrer und Rechtsgelehrten und einen seiner hervorragendsten und produktivsten Publizisten. Schon im Jahre 1852 war er Geheimer Staatsminister, aber erst im April 1853 trat er an die Spitze des Ministeriums, das nach ihm genannt wurde und bis zum Dezember 1854 am Ruder blieb. Von da an war Dersted das Ziel der heftigsten Angriffe der national-eider-dänischen Partei. Wenn aber auch Dersted, wohl nicht ganz mit Unrecht, beschuldigt wurde, daß er unsere Zeit nicht verstehe und den alten Einfluß der Bureaukratie wieder herzustellen suche, so wird doch sein Verdienst um Einführung der Stände-Institution unvergessen bleiben. Während eines sechsjährigen Zeitraumes fungirte er als königlicher Kommissär bei der Provinzialständerversammlung in Roskilde (für die Inselstifter) und in Viborg (für Jütland). Nachdem Dänemark im Jahre 1848 sich in einen Repräsentativstaat umgewandelt hatte, ward auch Dersted in dem gesetzgebenden (konstituierenden) Reichstag und 1850 in das Landsting gewählt.

Provinzielles.

Stettin, den 7. Mai.

** Die Kommission für Handel und Gewerbe im Abgeordnetenhaus hat den Antrag der Kaufmannschaften zu Stettin und Frankfurt und der Handelskammer zu Breslau: „das hohe Haus möge einer hohen Staats-Regierung anempfehlen, der ihr gesetzlich zustehenden Verpflichtung zur Herstellung der Schiffbarkeit des Oderstromes, sei es durch Verwendung bereiteter Mittel, oder durch Benützung des Staats-Kredits, ohne Zögerung nachzukommen,“ in allen Punkten für gerechtfertigt erklärt, und trägt einstimmig darauf an: „diese Petition nebst den sich derselben anschließenden Petitionen des Magistrats zu Stettin vom 8. März c., des landwirthschaftlichen Spezial-Vereins zu Breslau vom 12. April und des Magistrats zu Frankfurt vom 27. April c. der königlichen Staats-Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“

** Gestern Vormittag 11 Uhr fand eine Besichtigung des für die Stettin-Stöckholmer Postdampfschiffahrt gemieteten Dampfschiffes „Skane“ durch Herrn General-Postdirektor Schmückert, Admiralsrath Elverhagen und Ober-Postdirektor Spangler statt, auch wohnte der schwedisch-norwegische General-Konsul, Herr Kommerzienrath Schlutow der Besichtigung bei, welche zu allseitiger Befriedigung ausgefallen sein soll.

** Gestern wurden zwei Mädchen verhaftet, welche auf dem Neuen Kirchhofe Blumentöpfe von den Gräbern entwandt hatten. Es wäre zu wünschen, daß dergleichen Fälle exemplarisch bestraft würden.

** Zu dem Kurus-Pferdemarke, der in diesem Jahre sehr besucht zu werden verspricht, sind heute schon die ersten Pferde eingetroffen. Die Stallungen auf dem Paradeplatze werden erst morgen theilweise fertig werden.

** Am Freitag Abend fiel der Arbeitsmann Becker, als er sich vom Dampfschiffe „Geiser“ an das Land begeben wollte, in die Oder; der Steuermann des Geiser sprang ihm nach, um ihn zu retten, wäre aber beinahe ertrunken, da er ebensowenig wie der Verunglückte schwimmen konnte. Beide wurden jedoch durch einige hinzugekommene Arbeitsleute gerettet.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 5. Mai. (W. I. B.) Hier eingetroffene offizielle Nachrichten aus Neapel vom gestrigen Tage melden, daß die Ruhe in Sicilien vollkommen hergestellt sei; kein Flintenschuß werde mehr abgefeuert, und nur einzelne Verhaftungen finden jetzt noch Statt.

* **Turin, 5. Mai.** Die „Opinione“ veröffentlicht eine Depesche aus Sicilien vom Mittwoch, wonach die Insurrektion sich über die ganze Insel ausbreitet. Die Truppen haben zwar die Städte besetzt, sind aber gleichsam zwischen dem Meer und der See bedrohenden Empörung bloßirt.

London, 5. Mai. (W. I. B.) Die „Times“ spricht heute in einem längeren Artikel die Ansicht aus, daß Preußen, anstatt sich auf einen Krieg gegen Frankreich vorzubereiten, in Dänemark interveniren wolle und meint, daß Frankreich einen Krieg zwischen Preußen und Dänemark erwünsche. Derselbe würde Schweden, Norwegen und Dänemark zu einem Körper, der Frankreich zur Verfügung stände, vereinigen. England werde seinen Einfluß anwenden, um Preußen zu bestimmen, seinen Streit mit Dänemark zu vertragen.

Militärisches.

— Der Dislocationsplan ist, wie verlautet, bis jetzt für die sechs ersten Armee-Korps genehmigt; für die Garde und für das 7te und 8te Armee-Korps ist er noch nicht definitiv festgestellt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Mai. Witterung: kühl, leicht bewölkt. Temperatur + 5. Wind: West.

Weizen fester, loco pr. 85pfd. gelber 75½–76 Rth. bez., Frühjahr 85pfd. gelber inländ. 75½ Rth. bez. u. Gd., Mai-Juni 76 Rth. bez., Juni-Juli 76 Rth. bez., 76½ Rth. bez. u. Gd., inländischer 76 Rth. bez., pr. September-Oktober 77 Rth. bez.

Roggen fest, namentlich durch Deckungen pr. Frühjahr gestiegen, loco pr. 77pfd. 47½–48 Rth. bez., 1 Lbd. 48 Rth. bez., 77pfd. Frühjahr 47–48, 47½ Rth. bez., Mai-Juni 46½–47 Rth. bez. u. Gd., Juni-Juli 46½–47 Rth. bez. u. Gd., Juli-August 47 Rth. bez., pr. September-Oktober 47 Rth. bez.

Gerste ohne Umfag. Hafer loco 50pfd. 30½ Rth. bez.

Rübel höher bezahlt, loco und abgel. Anmeldungen 11½, 11½ Rth. bez., 1½ Br., Mai-Juni 11½, 11½ Rth. bez., September-Oktober 12, 12½ Rth. bez.

Leinöl loco inkl. Faß 10½ Rth. bez., 10½ Rth. Br. Spiritus etwas höher bezahlt, loco ohne Faß 17½, 17½ Rth. bez., Frühjahr 18½, 18½ Rth. bez., Mai-Juni do., Juni-Juli 18½, 18½ Rth. bez. u. Gd., Juli-August 18½ Rth. Gd., 18½ Rth. bez., August-September 18½ Rth. Gd.

Danzig, 5. Mai. Weizen rother 127.129–131.2pfd. nach Qualität von 81–82½–85–86 sgr., bunter, dunkler und glatter 127–128–31–33pfd. von 82–83–87½–89 sgr., feinfant, hochbunt, hellgelblich und weiß 130.32–133.35pfd. von 87½–90–92–95 sgr., Roggen 56–55½ sgr., pr. 125pfd. und für jedes Pfund mehr oder weniger ½ sgr. Differenz. — Erbsen von 55–56–59–60 sgr., sehr fein und klar bis 62 sgr. — Gerste kleine 105.8–110.2 pfd. von 45–47–48–49 sgr., große 110.14–116.20pfd. von 48.51–53.58 sgr., Kavaler bis 60 sgr. — Hafer von 30–32–33 sgr., und feinsten bis 35–36 sgr. — Spiritus 17½ Tblr. pr. 8000 pCt. R. bezahlt.

Wetter: Nachts Regen, Vormittag Sturm mit heftigem Schneetreiben bei 0 Thermometerstand. Mittags klare Luft. Wind: W.

Hamburg, 5. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco fest, aber stille, ab Sehmarn 133pfd. pr. Mai 125 bezahlt. — Roggen loco stille, ab Hülse zu letzten Preisen zu kaufen. — Del pr. Mai 24½, pr. Oktober 26½. — Kaffee ruhig, 250,000 Pfd. Portorico 7½–7½. 1000 Sack Rio- umgelegt. Zinn 2000 Ctr. loco 13½.

Paris, 5. Mai. Die 3% eröffnete zu 71, 30, stieg auf 71, 40 und schloß unbelebt zur Notiz. — Schluß-Course: 3 pCt. Rente 71, 30. 4½ pCt. Rente 96, 75.

London, 5. Mai. Silber 64½. Der gestrige Wechselkurs auf Wien war 13 fl. 53 Kr., auf Hamburg 13 Mk. 5½ Sch.

Die telegraphischen Depeschen melden: Berlin, 7. Mai. Staats-Schuldscheine 83½ bez. Prämien-Anleihe 3½ pCt. 113½ bez. Berlin-Stettiner 100 bez. Stargard-Posen 80 Br. Destr. Nat.-Anl. 60½ Gd. Diskonto-Commandit-Anth. 83½ bez. Franz. Destr. Staats-Eisenbahn-Aktien 139 bezahlt. Wien 2 Mon. 74½ Gd. Hamburg 2 Mon. — bez. London 3 Mon. — bez.

Roggen pr. Frühjahr 49½, 50½ bez. pr. Mai-Juni 49½ bez., 50 Gd., pr. Juni-Juli 49½, 50 bez.

Rübel loco 11½ bez., pr. Mai 11, 11½ bez., Juni-Juli 11½ bez., pr. September-Oktober 12, 12½ bez.

Spiritus loco pr. 8000 pCt. 18½ bez., Mai-Juni 17½ bez., 18 Gd., Juni-Juli 18½, 18½ bez., Juli-August 18½, 18½ bez.

Stettiner Börse vom 7. Mai 1860.

Berlin	kurz	100 B	Pomerania	107 B
„	2 Mt.	99½ B.	Union	101 G
Hamburg	6 Tag.	150½ bz u B	St. Börsenh.	—
„	2 Mt.	150 B	Obligationen	—
Amsterdam	8 Tag.	141½ G	St. Schaup.	—
„	2 Mt.	— bz u B	Obligationen	—
London	10 Tg.	6 19¾ B u bz	St. Speich.-A.	118 B
„	3 Mt.	6 17½ B	V.-Speich.-A.	— B
Paris	10 Tg.	79½ B	Pomm. Prov.	—
„	2 Mt.	— B u bz	Zuckers.-Act.	— G
Bordeaux	10 Tg.	— B	N. St. Zucker-	—
„	2 Mt.	— B	Sied.-Actien	500 B
Bremen	8 Tg.	108½ B	Mesch. Zuck.	—
„	3 Mt.	—	Fabrik-Anth.	100 B
St. Petersburg	3 Woch.	—	Bredower do.	—
Wien	8 Tag.	— B	Walzmühl.-A.	1200 G
„	2 Mt.	—	St. Portl.-Cem.	—
Frw. St.-Anl.	4½	—	Fabrik	100 B
Staats-Anl.	4½	— B	Pom. Chaus-	—
„	5	— B	bau-Obligat.	5
St.-Schldsch.	3½	— B	Stett. Dampf-	—
Pr. Präm.-Anl.	3½	— B	Schlepp-Ges.	800 B
Pomm. Pfdb.	3½	— bz	Stett. Dampf-	—
„ Rentenbr.	4	—	schiffs-Ver.	220 B
Ritt. P.P.B.A.	—	—	N. Dampf.-C.	88 B
à 500 Rtl.	—	— B	Germania	94 B
Berl.-St. Eish.	—	—	Vulcan	50 B
Act. Lit. A. B.	4	—	Stett. Dampf-	—
„ Prior.	4½	—	mühlen-Ges.	60 B
„	4	—	Pommerensd.	—
Starg.-P. E.A.	4½	—	Chem. Fabrik	103 B
„ Prior.	3	—	Chem.-F.-Ath.	500 B
„	4½	—	Stett. Kraft-	—
Stett. Stdt.-O.	4½	— B	Dünger-F.-A.	45 B
St. Str.-V.-A.	—	100 G	Used. - Woll.	— B
Pr. Nat.-V.-A.	4	100 G	Kreis-Oblig.	5
Pr. Sec.-Ass.	—	—	Greifenhagen	—
Comp.-Act.	—	650 B	Kreis-Oblig.	5